

Satzung

PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "**PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft**". Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt danach den Zusatz "e.V."
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Aufgabe des Vereins ist die Förderung
 - von Wissenschaft und Forschung
 - sowie der Volks- und Berufsbildungmit dem Ziel einer ökologisch-solidarischen Energie- und Weltwirtschaft.
- (2) Die Ziele des Vereins werden insbesondere verwirklicht
 - durch anwendungs- und politikorientierte wissenschaftliche Forschung (insbesondere zu Themen der Energie-, Klima-, Ressourcen-, Entwicklungs- und internationalen Wirtschaftspolitik). Die Ergebnisse der vom Verein selbst betriebenen Forschungsarbeit werden zeitnah veröffentlicht und finden Eingang in die Bildungs- und Informationsarbeit des Vereins.
 - durch energie-, umwelt-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Bildungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit u.a. in Vorträgen, Publikationen, Bildungsmaterialien, Veranstaltungen, Kampagnen und Online-Informationsangeboten. Diese Arbeit ist den Werten der Klima- und Ressourcengerechtigkeit verpflichtet und wirbt für ein klima- und ressourcenschonendes sowie solidarisches Produzieren und Konsumieren in Deutschland, Europa und weltweit. Die Allgemeinheit hat Zugang zu allen öffentlichen Veranstaltungen und Informationsangeboten des Vereins.
- (3) Der Verein ist unabhängig und überparteilich.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Der Verein finanziert seine Tätigkeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und sonstige Zuwendungen. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die die Ziele des Vereins bejaht und bereit ist, sich für deren Verwirklichung einzusetzen.
- (2) Die Mitgliedschaft muss schriftlich beantragt werden (auch: Email- oder Webformular-basierte Anträge sind möglich). Über Anträge auf Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung des Aufnahmeantrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.
- (3) Die Mitgliedschaft des Vereins gliedert sich in ordentliche und außerordentliche (oder Förder-) Mitglieder. Die ordentlichen Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung mit einer Stimme stimmberechtigt; die Fördermitglieder haben in der Mitgliederversammlung kein Stimmrecht. Sie besitzen weder das aktive noch das passive Wahlrecht und unterstützen die Vereinstätigkeit vor allem durch Geld- bzw. Sachzuwendungen oder unentgeltliche Dienstleistungen.

- (4) Alle Mitglieder haben eine Erklärung abzugeben, dass der Teilnahme am elektronischen Schriftverkehr sowie an Online-Mitgliederversammlungen keine technischen oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen. Zugleich ist eine E-Mail-Adresse mitzuteilen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, jede Änderung der E-Mail-Adresse dem Verein mitzuteilen.

§ 5 Mitgliedsbeiträge

- (1) Ein Mitgliedsbeitrag ist von jedem ordentlichen und außerordentlichen Mitglied zu entrichten.
- (2) Die Höhe des Mitgliedsbeitrags wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich im Voraus zu entrichten.
- (3) Der Vorstand ist berechtigt, im Einzelfall von der Erhebung der Mitgliedsbeiträge abzusehen oder Ermäßigungen/Stundungen zu gewähren.

§ 6 Erlöschen der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt oder Ausschluss.
- (2) Der Austritt kann zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden. Die Kündigung muss schriftlich bei Einhaltung einer einmonatigen Frist erfolgen.
- (3) Der Ausschluss darf nur durch einen einfachen Mehrheitsbeschluss der Mitgliederversammlung erfolgen.

§ 7 Vereinsorgane

Die Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung,
- der Vorstand
- der Beirat

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Jahr statt. Auf Antrag des Vorstandes oder auf schriftliches Verlangen von mindestens 1/3 der Mitglieder ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (2) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden bzw. von der Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Vorstand einberufen. Dies erfolgt durch schriftliche Einladung mindestens 14 Tage vor dem Versammlungstermin. Der Einladung kann in elektronischer Form erfolgen (Email); ihr muss ein Tagesordnungsvorschlag beigefügt sein, über den die Mitgliederversammlung zu Beginn mit einfacher Mehrheit beschließt.
- (3) In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechtes kann ein anderes ordentliches Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.
- (4) Grundsätzlich ist jede ordnungsgemäß berufene Mitgliederversammlung beschlussfähig.
- (5) Die Beschlussfähigkeit zur Auflösung des Vereins ist nur bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Vereinsmitglieder gegeben. Ist eine zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins einberufene Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen ab Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die neue Mitgliederversammlung ist in jedem Fall beschlussfähig.
- (6) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen der ordentlichen Mitglieder. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ist zur Änderung der Satzung notwendig. Über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins kann nur dann ein Beschluss gefasst werden, wenn auf diese Tagesordnungspunkte bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und bei anstehenden Satzungsänderungen der Einladung der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden war. Eine Änderung des Vereinszweckes kann nur mit Zustimmung von vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen aller ordentlichen Mitglieder beschlossen werden.
- (7) Die Mitgliederversammlung wählt die unter § 9 (1) a)-b) aufgeführten ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstands. Wahlen sind auf Verlangen eines Mitglieds geheim durchzuführen.
- (8) Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vereinsvorsitzenden bzw. der Vereinsvorsitzenden und dem/der Protokollführer/in

unterschrieben werden muss. Die Niederschrift muss die gefassten Beschlüsse und die Wahlergebnisse enthalten.

§ 9 Vorstand

- (1) Der erweiterte Vorstand setzt sich zusammen aus
 - a) dem/der Vorsitzenden,
 - b) Beisitzer/in(en) und
 - c) dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied.
- (2) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende und das geschäftsführende Vorstandsmitglied. Jedes Mitglied dieses Vorstandes ist allein vertretungsberechtigt. Bei Geschäften ab einem Betrag von 5.000 EUR sowie bei Personalentscheidungen muss die Zustimmung des gesamten erweiterten Vorstands eingeholt werden.
- (3) Die in § 9 (1) a)-b) genannten ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder werden auf die Dauer von jeweils zwei Jahren gewählt und bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder werden. Die Wiederwahl ist möglich. Gewählt ist ein Vorstandsmitglied, wenn es die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Die Berufung des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds und seine Amtszeit richten sich nach § 11 (2).
- (4) Über die Anzahl der Beisitzer/innen beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
- (5) Dem Vorstand hat die Aufgabe, für die Geschäftsführung des Vereins und die Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung Sorge zu tragen.
- (6) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen. Als „schriftliche“ Kommunikation ist auch die elektronische Kommunikation per Email gemeint.
- (7) Die Vorstands- und andere Vereinsämter werden - mit Ausnahme der geschäftsführenden Vorstandstätigkeit - grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit diese Satzung nicht etwas anderes bestimmt.
- (8) Wenn es die finanzielle Situation des Vereines zulässt, sind die Vorstandsmitglieder berechtigt, sich Aufwandsentschädigungen aus der "Ehrenamtschale" nach § 3 Nr. 26a Einkommensteuergesetz zu zahlen. Der Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben. Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins haben einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Der Vorstand kann durch Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Aufwandschalen festsetzen.
- (9) Stehen der Eintragung im Vereinsregister oder der Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das zuständige Finanzamt bestimmte Satzungsinhalte entgegen, ist der Vorstand berechtigt, entsprechende Änderungen eigenständig durchzuführen.

§ 10 Beirat

Zur Beratung des Vereins kann der Vorstand einen Beirat einrichten. Die Mitglieder des Beirats werden vom Vorstand berufen. Sie müssen nicht Mitglied des Vereins sein.

§ 11 Geschäftsstelle

- (1) Der Verein bedient sich zur Erfüllung seines Auftrags einer Geschäftsstelle.
- (2) Für die Leitung der Geschäftsstelle berufen die in § 9 (1) a)-b) genannten ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder aus den Reihen der Mitgliedschaft ein hauptamtliches geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Dieses tritt mit erfolgter Berufung in den Vorstand ein; es ist dem Vorstand gegenüber verantwortlich.
- (3) Das Amt als geschäftsführendes Vorstandsmitglied endet im Falle einer fristlosen Kündigung mit der Kündigung, ansonsten mit Beendigung des Dienstverhältnisses.

- (4) Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist bei Entscheidungen in eigener Sache nicht stimmberechtigt.

§ 12 Datenschutz

- (1) Zur Erfüllung der Zwecke des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein gespeichert, übermittelt und verändert.
- (2) Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:
- a) Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten;
 - b) Berichtigung über die zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind;
 - c) Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt;
 - d) Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war.
- (3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.
- (4) Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verein Adresse, Email-Adresse und Bankverbindung sowie Eintrittsdaten der Mitglieder auf. Diese Informationen werden in dem vereinseigenen EDV-System gespeichert. Jedem Vereinsmitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.
- (5) Sonstige Informationen zu den Mitgliedern und Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verein grundsätzlich nur verarbeitet oder genutzt, wenn sie zur Förderung des Vereinszweckes nützlich sind (z.B. Speicherung von Telefon- und Faxnummern einzelner Mitglieder) und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Verarbeitung oder Nutzung entgegensteht.
- (6) Beim Austritt werden Name, Adresse und Geburtsjahr des Mitglieds aus dem Mitgliederverzeichnis gelöscht. Personenbezogene Daten des austretenden Mitglieds, die die Kassenverwaltung betreffen, werden gemäß der steuergesetzlichen Bestimmungen bis zu zehn Jahren ab der schriftlichen Bestätigung des Austritts durch den Vorstand aufbewahrt.

§ 13 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein kann nur durch eine Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen einer eigens hierzu einberufenen Mitgliederversammlung aufgelöst werden. In der Einladung zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, ist die beabsichtigte Vereinsauflösung bekannt zu geben.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks fällt sein Vermögen an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit (§ 52, Abs. 2, Nr. 15 AO). Die Mitgliederversammlung beschließt, welcher steuerbegünstigten Körperschaft das Vereinsvermögen zufällt.
- (3) Die Liquidation obliegt dem Vorstand.

§ 14 Inkrafttreten der Satzung

Die Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Berlin, 3. August 2010